

Reinhard Rürup



Der lange
Schatten
des

Nationalsozialismus

Geschichte, Geschichtspolitik
und Erinnerungskultur



Wallstein

Reinhard Rürup
Der lange Schatten des Nationalsozialismus

Reinhard Rürup
Der lange Schatten des
Nationalsozialismus

*Geschichte, Geschichtspolitik
und Erinnerungskultur*



WALLSTEIN VERLAG

Herausgegeben für das Zentrum für Antisemitismusforschung
an der Technischen Universität Berlin
von Stefanie Schüler-Springorum
in Verbindung mit der Stiftung Topographie des Terrors

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Wallstein Verlag, Göttingen 2014
www.wallstein-verlag.de

Vom Verlag gesetzt aus der Adobe Garamond
Umschlaggestaltung: Susanne Gerhards, Düsseldorf
Umschlagabbildungen: Dokumentationszentrum Topographie des Terrors,
© Natalie Toczek (großes Foto) und Hans D. Beyer (kleines Foto).
Druck und Verarbeitung: Hubert & Co, Göttingen
ISBN (Print) 978-3-8353-1530-3
ISBN (E-Book, pdf) 978-3-8353-2653-8

Inhalt

Stefanie Schüler-Springorum: Zum Geleit	7
Vorwort	11
1. Europäische Diktaturgeschichte im 20. Jahrhundert	17
2. Deutsche Geschichte 1933-1945	33
2.1 Terror und »Volksgemeinschaft«: Die nationalsozialistische »Machtergreifung« 1933/34	33
2.2 Der »Kampf wider den undeutschen Geist«: Die Bücherverbrennung im Mai 1933	56
2.3 »Olympische Spiele unter dem Hakenkreuz«: Sport und Politik in Berlin 1936	67
2.4 Radikalantisemitismus und Inszenierung des »Volkszorns«: Der November-Pogrom 1938 und die Folgen	80
2.5 »Vernichtungskrieg« und »Lebensraum«: Die Deutschen und der Krieg gegen die Sowjetunion 1941-1945	97
2.6 Spitzenforschung und »Selbstgleichschaltung«: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1933-1945	108
3. NS-Vergangenheit und demokratische Gesellschaft	127
3.1 Der lange Schatten des Nationalsozialismus: Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur in Deutschland seit 1945	127
3.2 Die »Topographie des Terrors« in Berlin	151
3.2.1 Die Entstehung des »Provisoriums« von 1987	151
3.2.2 Keine Gedenkstätte, sondern ein »Ort der Täter«	163
3.3 Der Mord an den europäischen Juden: Die »Goldhagen-Debatte«	176

3.4 Die deutsche Wehrmacht und die NS-Verbrechen: Zur Diskussion um die »Wehrmachtsausstellung«	186
3.5 Terror und Widerstand: Das »Hausgefängnis« der Gestapo-Zentrale	205
3.6 Die Niederlage als Befreiung: Ein Diskussionsbeitrag zum 60. Jahrestag des 8. Mai 1945	215
4. Der Zweite Weltkrieg und der Mord an den europäischen Juden: Erinnerungspolitik und Erinnerungskulturen im internationalen Vergleich	224
Andreas Nachama: Reinhard Rürup zum 80. Geburtstag – Persönliche Erinnerungen	245
Veröffentlichungsnachweise	248

Zum Geleit

Sicher fragt sich der eine oder die andere, warum dieses Buch, das Vorträge, Reden und Aufsätze von Reinhard Rürup aus über 20 Jahren, von 1991 bis 2012, versammelt, ausgerechnet von einer Institution herausgegeben wird, in der der Autor selbst nie tätig gewesen ist. Dies lässt sich zum einen grammatisch, zum anderen persönlich begründen – und beides ist in diesem Fall eng miteinander verknüpft. Ersetzt man die Wörtchen »in der« durch »für die«, so klärt sich vieles: Für das Zentrum für Antisemitismusforschung ist Reinhard Rürup durchaus tätig gewesen, ja, man könnte sogar, vielleicht etwas kühn, behaupten, dass ohne ihn das Zentrum gar nicht entstanden oder zumindest nicht in dieser Form ins Leben gerufen worden wäre. Denn es war Reinhard Rürup, der sich als neu berufener Professor für Neuere Geschichte für eine Idee stark machte, mit der der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, im Vorfeld der Gedenkfeiern zum 40. Jahrestag des Novemberpogroms an die Technische Universität Berlin herantreten war – und nicht etwa an die Freie Universität, wo einige Jahre zuvor ein ähnliches Vorhaben, damals noch initiiert von Joseph Wulf, gescheitert war: eine Forschungseinrichtung im damals noch geteilten Berlin zu errichten, die sich in der ehemaligen Hauptstadt des »Dritten Reiches« mit der Geschichte des Nationalsozialismus und der Judenverfolgung auseinandersetzen sollte. Reinhard Rürup, der sich seit den frühen 1960er Jahren mit dem Phänomen des Antisemitismus in Deutschland beschäftigt hatte, plädierte nun, in Gesprächen und Memoranden, nachdrücklich für die historisch-thematische Erweiterung eines solchen Zentrums, als dessen Gründungsbeauftragter er mehrere Jahre fungierte. Als das Zentrum für Antisemitismusforschung schließlich im Jahre 1982 unter Herbert A. Strauss seine Tätigkeit an der TU aufnehmen konnte, begann eine lange Phase intensiver Kooperation, in der unzählige Arbeiten zum Antisemitismus, zur deutsch-jüdischen Geschichte, zum Nationalsozialismus und zum Mord an den europäischen Juden entstanden und die maßgeblich zum exzellenten Ruf der Geschichtswissenschaften an der Technischen Universität Berlin beitrug.

Damit hatte sich Reinhard Rürup auf ein bzw. eigentlich auf zwei Felder begeben, die für ihn, der zum deutschen Pietismus und vor allem zur Novemberrevolution gearbeitet hatte, zunächst lediglich Randthemen gewesen waren, nun aber, spätestens in den 1980ern immer größere Bedeutung gewannen. Hierzu trug nicht zuletzt seine frühe Zusam-

menarbeit mit dem Leo Baeck Institut bei, jener Organisation jüdischer Wissenschaftler deutscher Herkunft, die sich, zusammen mit einigen wenigen, vor allem jüngeren deutschen Historikern seit den 1960er Jahren gemeinsam an die Erforschung der deutsch-jüdischen Geschichte wagte. Für die älteren Herren aus dem Leo Baeck Institut (Damen gab es damals dort noch nicht) wurde der junge Professor an der TU rasch zum wichtigsten Ansprechpartner, und so ist es auch kein Zufall, dass die Initiative zur Gründung eines deutschen »Ablegers« auf eine Initiative von Reinhard Rürup und dem Londoner LBI zurückging: Die »Wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft des Leo Baeck Instituts in der Bundesrepublik Deutschland« (WAG), die im Dezember 1989 nach längeren Verhandlungen ins Leben gerufen wurde, deutet schon im komplizierten Titel an, dass eine deutsche Vertretung dieser Organisation von aus Deutschland vertriebenen Wissenschaftlern auch zu diesem späten Zeitpunkt keineswegs ein selbstverständliches Unterfangen war – umso größer darf man das Vertrauen einschätzen, dass dem ersten Vorsitzenden der WAG, Reinhard Rürup, entgegengebracht wurde. Neben diversen anderen und höchst erfolgreichen Projekten der WAG, einem Gastprofessorenprogramm für die neuen Bundesländer zum Beispiel oder den Archivführern zu den »Quellen zur Geschichte der Juden«, engagierte sich Reinhard Rürup besonders für die Doktorandencolloquien bzw. Nachwuchswissenschaftler-Tagungen der WAG, ein Format, das so erfolgreich war, dass es heute von zahlreichen anderen Fachgebieten kopiert wird. Hier bot sich einer nachwachsenden Generation von deutschen, fast immer nichtjüdischen Historikerinnen und Historikern die Möglichkeit, ihre Arbeiten vorzustellen, ihre Thesen zu diskutieren und mit anderen, an gleichen Themen arbeitenden Kollegen in Kontakt zu kommen – lange bevor die mittlerweile zahlreichen Lehrstühle und Institute zur jüdischen Geschichte ihre Arbeit aufnahmen. Die wissenschaftliche Genauigkeit und der sorgfältige Argumentationsstil Reinhard Rürups, aber auch seine stets auf eine konkurrenzfreie Diskussionsatmosphäre bedachte Leitung dieser Colloquien haben die nachfolgende Generation der deutsch-jüdischen *Historikercommunity* nachhaltig geprägt und bis heute bestehende Freundschaften und Netzwerke geschaffen – man lese einmal die Dank-sagenen der in dieser Zeit entstandenen Dissertationen.

Es scheint auf den ersten Blick nahe zu liegen, Reinhard Rürups wissenschaftliche Aktivitäten für die deutsch-jüdische Geschichte mit seinem Engagement für den öffentlichen Umgang mit der NS-Vergangenheit zu verknüpfen – tatsächlich hat er diese Bereiche immer strikt voneinander getrennt, trotz gelegentlicher inhaltlicher wie personeller Überschneidungen. Aber nicht nur thematisch, sondern auch zeitlich lie-

gen beide Felder in seiner Biografie nahe beieinander, denn der Streit um eine angemessene Gestaltung des »Prinz-Albrecht-Geländes«, des ehemaligen Standortes von Gestapo und Reichssicherheitshauptamt, begann in den späten 1970er Jahren, und mit der Umsetzung von Geschichte in publikumswirksame Ausstellungen befasste sich Reinhard Rürup erstmals in den 1980er Jahren: Als wissenschaftlicher Leiter zusammen mit Gottfried Korff war er dafür verantwortlich, dass in der historischen Ausstellung anlässlich der 750-Jahr-Feier Berlins im Martin-Gropius-Bau sowohl der Berliner jüdischen Geschichte als auch der Stadtgeschichte im Nationalsozialismus ein gewichtiger Platz eingeräumt wurde – dies war und ist nicht eben üblich anlässlich staatstragender Jubiläen. Hinzu kam die Eröffnung der Dokumentation »Topographie des Terrors« gleich nebenan auf dem Gelände des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes, bekanntlich als Provisorium gedacht und dann bis heute Kernstück des gleichnamigen Dokumentationszentrums. Die wissenschaftliche Leitung der Dokumentation und späteren Stiftung Topographie des Terrors nahm Reinhard Rürup von 1985 bis 2004 wahr.

Betrachtet man die Berliner Landkarte des Wirkens von Reinhard Rürup, so erklären sich auch die Initiatoren dieses Bandes: Anlässlich seines 80. Geburtstags hat die TU Berlin in Gestalt des Zentrums für Antisemitismusforschung, das in diesem Fall stellvertretend für die dort nicht mehr existierende Geschichtswissenschaft stehen muss, diesen Band in Verbindung mit der Stiftung Topographie des Terrors herausgegeben. Dass diese ehrenvolle Aufgabe ausgerechnet mir zufiel, die ich im strengen Sinne keine Schülerin des Jubilars bin, hat wohl eher mit dem Zufall zu tun, dass ich als eine der ganz wenigen mit allen hier genannten, von Reinhard Rürup geprägten Einrichtungen auf die eine oder andere Art verbunden bin – eine Eigenschaft, die ich im Übrigen mit Dr. Erika Bucholtz teile, der ich für ihre große Unterstützung bei diesem Projekt ganz herzlich danken möchte.

Die meisten der in diesem Band versammelten Texte entstanden als Vorträge zu Ausstellungseröffnungen, aber auch als Interventionen zu aktuellen historisch-politischen Debatten um Jahrestage oder Gedenkort. Liest man sie hier erstmals vereint zugänglich, so wird schnell deutlich, was Reinhard Rürups Bedeutung für diesen in Deutschland so bitter umkämpften, sinnüberfrachteten und politisch instrumentalisierten öffentlichen Geschichtsraum ausmacht: Hier spricht und schreibt jemand, der zugleich Gelehrter und *public historian*, gewissermaßen *avant-la-lettre*, ist, den man nicht in Talkshows und Feuilletons findet, sondern der sich immer, in allen seinen Tätigkeitsbereichen, als enga-

gierter Wissenschaftler verstanden hat. Seine Texte gewinnen ihre Überzeugungskraft genau daraus: aus der akribisch genauen Dokumentation, den nachvollziehbar gezeichneten Argumentationslinien und einer stets klaren politischen Positionierung.

Stefanie Schüler-Springorum

Berlin, im März 2014

Vorwort

Die in diesem Buch enthaltenen Texte sind in den vergangenen zwei Jahrzehnten zu durchaus unterschiedlichen Gelegenheiten verfaßt worden. Gemeinsam ist ihnen jedoch, daß es sich, mit wenigen Ausnahmen, um Vorträge handelt, zu denen ich als Wissenschaftlicher Direktor (später auch als ehemaliger Direktor) der Stiftung Topographie des Terrors in Berlin eingeladen wurde. Von der Mitte der achtziger Jahre an war ich neben meiner Professur für Neuere Geschichte an der Technischen Universität Berlin fast zwei Jahrzehnte lang – zuerst als Projektleiter, dann als Stiftungsdirektor – für die »Topographie des Terrors« tätig, d. h. für einen der wichtigsten »Lernorte« für die Geschichte des Nationalsozialismus, der an dem Ort geschaffen worden ist, an dem sich zwischen 1933 und 1945 die Zentralen des nationalsozialistischen SS- und Polizeiterrors – die Zentrale der Geheimen Staatspolizei, der Sicherheitsdienst der SS und das Reichssicherheitshauptamt – befanden.

Die Geschichte des Nationalsozialismus hat mich seit meiner Schul- und Studienzeit umgetrieben, weil ich als »Pimpf« noch der »Hitler-Jugend« angehörte und deshalb eine Vorstellung davon hatte, wie meine Altersgenossen und ich in das NS-System hinein gewachsen wären, wenn es länger Bestand gehabt hätte. Diese Vorstellung war in meinem Falle um so bedrückender, als ich von der Schule für den Besuch einer »Napola«, also einer der nationalsozialistischen »Elite«-Erziehungsanstalten, vorgeschlagen worden war, woraus wegen des nahenden Kriegsendes erfreulicherweise nichts mehr wurde. Zu einem Schwerpunkt meiner wissenschaftlichen Arbeit ist die NS-Zeit aber erst durch mein Engagement für die »Topographie des Terrors« geworden, nachdem ich mich seit meiner Promotion an der Universität Göttingen zunächst der Geschichte des 18. Jahrhunderts, dann der Geschichte der Arbeiterbewegung und der Revolutionsgeschichte sowie der Wissenschafts- und Technikgeschichte gewidmet hatte. Der Geschichte des Nationalsozialismus am nächsten war ich bis dahin durch meine Forschungen zur Geschichte der Judenemanzipation und des Antisemitismus gekommen. Die Tätigkeit für die »Topographie des Terrors« hatte dann allerdings zur Folge, daß ich in der Öffentlichkeit nahezu ausschließlich als »Zeithistoriker«, als Spezialist für die deutsche Geschichte zwischen 1933 und 1945, wahrgenommen wurde.

In der »Topographie des Terrors« haben wir von Anfang an großen Wert darauf gelegt, daß alles das, was einer breiten Öffentlichkeit durch

die Dauerausstellung und die Wechselausstellungen, durch die Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen im Martin-Gropius-Bau und an anderen Orten innerhalb und außerhalb Berlins vermittelt wurde, dem aktuellen Stand der Forschung entsprach. Wir hatten die Möglichkeit, einen großen Teil der Forscher, die in jenen Jahren mit neuen, Aufsehen erregenden Arbeiten hervortraten, zu öffentlichen Veranstaltungen einzuladen, und haben diese Chance entschieden genutzt – mit Götz Aly, Frank Bajohr, Avraham Barkai, Omer Bartov, Yehuda Bauer, Wolfgang Benz, Christopher Browning, Gerald Feldman, Norbert Frei, Robert Gellately, Susanne Heim, Ulrich Herbert, Raul Hilberg, Eberhard Jäckel, Eric Johnson, Ernst Klee, Otto Dov Kulka, Peter Longerich, Klaus-Michael Mallmann, Hans Mommsen, Gerhard Paul, Dieter Pohl, Peter Reichel, Mark Roseman, Christiaan Fredrik Rüter, Wolfgang Scheffler, Peter Steinbach, Michael Wildt und vielen anderen mehr.

Die zunächst nur in meiner Person bestehende Verbindung der »Topographie des Terrors« mit dem Institut für Geschichtswissenschaft an der TU Berlin erwies sich schon bald als für beide Seiten besonders förderlich. Von der Mitte der achtziger Jahre an bildete die Geschichte des Nationalsozialismus einen der Schwerpunkte der Lehr- und Forschungstätigkeit an der TU – eine Entwicklung, die auch durch die Gründung des Zentrums für Antisemitismusforschung unterstützt wurde. Die Studentinnen und Studenten des Instituts machten einen wesentlichen Teil des Publikums der »Topographie«-Veranstaltungen aus, sie absolvierten dort ihre Praktika, nutzten die auf die NS-Zeit spezialisierte Bibliothek, betreuten Besuchergruppen in den Ausstellungen und erhielten nicht zuletzt auch Anregungen für Examensarbeiten und Dissertationsprojekte.

Für meine eigene Arbeit in der »Topographie des Terrors« war es von entscheidender Bedeutung, daß parallel dazu und durchaus nicht unbeeinflusst durch die Entwicklung des »Topographie«-Projekts ein erheblicher Teil der jüngeren Institutsangehörigen inzwischen bereit war, sich mit großer Intensität den drängenden Fragen der NS-Geschichte zu widmen. So konnten in verhältnismäßig kurzer Zeit nicht weniger als fünf einschlägige Habilitationsschriften abgeschlossen und als Buch veröffentlicht werden. Das waren: »Zwangssterilisation im Nationalsozialismus« (Gisela Bock, 1986), »Studenten im Dritten Reich« (Michael Grüttner, 1995), »Protestantismus und Nationalsozialismus. Studien zur nationalsozialistischen Durchdringung des protestantischen Sozialmilieus in Berlin« (Manfred Gailus, 2001), »Die ›Nürnberger Gesetze‹ oder Die Verwaltung des Rassenwahns 1933-1945« (Cornelia Essner, 2002) und »Die Deutschen und der Holocaust. Was niemand wissen wollte, aber jeder wissen konnte« (Bernward Dörner, 2007).

Dazu kamen die Ergebnisse größerer »Drittmittel«-Forschungsprojekte wie »Der Militär- und Wirtschaftskomplex der SS im KZ-Standort Sachsenhausen-Oranienburg« (Hermann Kaienburg, 2006) und »Das Wirtschaftsimperium der Deutschen Arbeitsfront 1933-1945« (Rüdiger Hachtmann, 2012), vor allem aber eine ganze Reihe von Dissertationen, mit denen wissenschaftliches Neuland erschlossen wurde. Für die daraus hervorgegangenen Bücher hier nur einige Beispiele: »Industriearbeit im ›Dritten Reich‹. Untersuchungen zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen in Deutschland 1933-1945« (Rüdiger Hachtmann, 1989), »Nationalsozialistische Sexualpolitik und weibliche Homosexualität« (Claudia Schoppmann, 1990), »Arbeit und Brot. Studien zu Lage, Stimmung, Einstellung und Verhalten der deutschen Arbeiterschaft 1933-1936/37« (Günter Morsch, 1993), »Verweigerung und Widerstand im Spiegel der Spruch­tätigkeit von Marinegerichten in Wilhelmshaven« (Norbert Haase, 1996), »Heimtücke. Das Gesetz als Waffe. Kontrolle, Abschreckung und Verfolgung in Deutschland 1933-1945« (Bernward Dörner, 1998), »Rassenschande. Reinheitsmythos und Vernichtungslegitimation im Nationalsozialismus« (Alexandra Przyrembel, 2003), »Motorisierung und ›Volksgemeinschaft‹. Das Nationalsozialistische Kraftfahrkorps (NSKK) 1931-1945« (Dorothee Hochstetter, 2005). Weitere grundlegende Studien zur NS-Geschichte, die im Institut für Geschichtswissenschaft mitbetreut wurden, entstanden im gleichen Zeitraum im Zentrum für Antisemitismusforschung unter der Leitung von Herbert Strauss, Wolfgang Benz und Wolfgang Scheffler (u. a. Andrej Angrick, Christian Gerlach, Alfred Gottwald, Wolf Gruner, Michael Hensle, Peter Klein). Die meisten dieser Forscherinnen und Forscher haben immer wieder auch das Veranstaltungsprogramm der »Topographie des Terrors« mit Vortrags- und Diskussionsbeiträgen bereichert.

Die eigenständige Entwicklung und Durchführung größerer Forschungsprojekte gehört dagegen nicht zu den Aufgaben der »Topographie des Terrors«. In ihr geht es vielmehr um den öffentlichen Umgang mit der Geschichte des Nationalsozialismus auf der Grundlage der an den Universitäten oder in spezialisierten Instituten erarbeiteten Forschungsergebnisse. Ihre Hauptaufgabe ist es, den Ort der NS-Terrorzentralen im historischen Gedächtnis der Stadt und der Nation möglichst fest zu verankern, die mit diesem konkreten Ort verbundene Geschichte für jeden, der an ihr interessiert ist, unter anderem mit den Mitteln der historischen Dokumentation sichtbar zu machen und zugleich ein lebendiges Forum für die immer wieder neu zu reflektierenden Grundprobleme der Erforschung und Darstellung der NS-Geschichte zu bieten. Allen Besuchern, die bestimmte Fragen weiter verfolgen möchten, bietet sie außerdem die

Möglichkeit, sich in der Bibliothek, im Archiv oder in den entsprechenden Medienprogrammen, einzeln oder in Gruppen, eigenständig mit dieser Geschichte auseinanderzusetzen.

Von der Leitung einer solchen Einrichtung wird darüber hinaus erwartet, daß sie für öffentliche Vorträge und Diskussionsveranstaltungen, für die vielfältigen Anforderungen der Medien, aber auch für in der Regel nichtöffentliche Beratungsaufgaben zur Verfügung steht. Während der Jahre, in denen ich die Verantwortung trug, boten vor allem die Beratungen ein weit aufgefächertes und in vielen Hinsichten besonders forderndes Tätigkeitsfeld. Das reichte von der Erarbeitung von Gedenkstättenkonzeptionen für einzelne Bundesländer bis zur Arbeit in der »Expertenkommission« für die Gedenkstättenförderung der Bundesregierung; von der Mitarbeit an dem Berliner Denkmal für die Bücherverbrennung und einer Vielzahl anderer NS-Gedenkort in Berlin bis zur Tätigkeit im Kuratorium der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas; von der Beteiligung an einer Vielzahl großer und kleiner zeitgeschichtlicher Ausstellungsvorhaben bis zu den Berliner Museumsprojekten des Deutschen Historischen Museums, des Jüdischen Museums Berlin oder des Deutsch-Russischen Museums in Berlin-Karlsdorf; von der Beratung großer NS-Gedenkstätten wie Sachsenhausen, Ravensbrück oder dem Haus der Wannsee-Konferenz bis zur historischen Kommentierung »NS-kontaminierter« Orte wie dem Olympia-Gelände in Berlin oder dem Reichsparteitags-Gelände in Nürnberg; von der Erörterung geschichtspolitischer Fragen im Berliner Abgeordnetenhaus und in Bundestagsgremien bis zu Anhörungen in den Enquete-Kommissionen des Bundestages zur Aufarbeitung der Geschichte des SED-Regimes; von der Begutachtung der von der DDR hinterlassenen politischen Denkmäler in Ost-Berlin bis zur beratenden Mitarbeit an der »Geschichtsmile Berliner Mauer«.

Solche Art von Beratungstätigkeit geschieht in der Regel mündlich und ist schriftlich allenfalls in der knappen Form von Ergebnisprotokollen greifbar. Ausgearbeitete Vorlagen verschwinden zumeist in den Akten der jeweiligen Einrichtung, und in den Kommissionen werden die Ergebnisse der Arbeit als ein Gemeinschaftswerk der Kommissionsmitglieder präsentiert. Bei der Auswahl der Beiträge für dieses Buch habe ich deshalb auf Texte dieser Art von vornherein verzichtet. Stattdessen habe ich mich für die Texte von Vorträgen entschieden, die ich im Rahmen meiner Tätigkeit für die »Topographie des Terrors« gehalten habe oder zu denen ich später auf der Basis meiner langjährigen Erfahrungen mit der »Topographie des Terrors« eingeladen worden bin. Diese Vorträge sind durch lediglich zwei Beiträge ergänzt worden, die gleich für den Druck verfaßt wurden.

Die Auswahl der Texte ist dadurch bestimmt, daß es in dem Buch gleichermaßen um die Geschichte des Nationalsozialismus zwischen 1933 und 1945 wie um Fragen der Geschichtspolitik und der Erinnerungskultur, d. h. um den Umgang mit dieser Geschichte von 1945 bis zur Gegenwart, gehen soll. Den beiden Hauptteilen vorangestellt ist eine Skizze der europäischen Diktaturgeschichte im 20. Jahrhundert, und den Abschluß bildet ein Versuch, den Stellenwert des Krieges und des Völkermordes an den europäischen Juden in der Erinnerungspolitik europäischer und auch außereuropäischer Länder vergleichend zu diskutieren. Nicht berücksichtigt habe ich an sich einschlägige Texte, die bereits als Broschüre veröffentlicht worden sind, zum Beispiel »Neues Deutschland – Alter Wahn? Ein Gespräch über Rechtsradikalismus und Antisemitismus«, mit Ignatz Bubis und Johann W. Gerlach im Audimax der Freien Universität Berlin im November 1992 (Berlin 1993), »Der 8. Mai in der deutschen Geschichte« (Bremen 2005) und »Der 9. November in der deutschen Geschichte. Zur Erinnerungskultur in einer demokratischen Gesellschaft« (Berlin 2009).

Die Vorträge sind mit wenigen Ausnahmen bisher unveröffentlicht geblieben. Sämtliche Texte sind für den Druck formal überarbeitet und mit Anmerkungen versehen worden, wobei die jeweils erste Anmerkung Auskunft über den Zeitpunkt, den Ort und den Anlaß des Vortrags gibt. In einigen Fällen waren wegen inhaltlicher Überschneidungen Kürzungen erforderlich, während der abschließende Beitrag wegen der Kontextveränderung in seinem letzten Teil ergänzt worden ist.

Zu danken habe ich in erster Linie der Stiftung Topographie des Terrors, von der die Initiative für dieses Buch ausgegangen ist. Andreas Nachama als Geschäftsführender Direktor und Erika Bucholtz als langjährige wissenschaftliche Mitarbeiterin haben die Realisierung des Vorhabens nachdrücklich unterstützt. Mein Dank gilt ebenso Stefanie Schüler-Springorum, der Leiterin des Zentrums für Antisemitismusforschung und Vorsitzenden der Wissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft des Leo Baeck Instituts, die die Initiative aufgegriffen und die Veröffentlichung im Göttinger Wallstein Verlag ermöglicht hat. Im Verlag, dem ich mich durch die von Wolfgang Schieder und mir herausgegebene Schriftenreihe »Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus« besonders verbunden fühle, habe ich vor allem Hajo Gevers für die kompetente und unkomplizierte Betreuung der Drucklegung zu danken.

Danken möchte ich an dieser Stelle auch den Kolleginnen und Kollegen, von denen ich in den Jahren, in denen die Texte dieses Buches entstanden sind, nicht nur als Leser, sondern auch als Gesprächspartner gelernt habe: Avraham Barkai, Gisela Bock, Bernward Dörner, Bernd

Faulenbach, Manfred Gailus, Michael Grüttner, Wolf Gruner, Rüdiger Hachtmann, Karin Hausen, Susanne Heim, Ulrich Herbert, Christoph Jahr, Norbert Kampe, Doris Kaufmann, Jürgen Kocka, Konrad Kwiet, Peter Longerich, Inge Maršolek, Hans Mommsen, Günter Morsch, Arnold Paucker, Walter Pehle, Peter Reichel, Wolfgang Schieder, Hans-Ulrich Wehler, Michael Wildt – und bis zu seinem allzu frühen Tod gehörte dazu natürlich auch Gerald Feldman.

Einen ganz besonderen Dank schulde ich schließlich meiner Frau, die nicht nur die aus der Doppeltätigkeit für die Universität und die »Topographie des Terrors« resultierenden Belastungen toleriert hat, sondern mich auch in meinem Engagement als *public historian* stets entschieden unterstützt hat. Mit ihr als einer an der Schule tätigen Historikerin, die zugleich ehrenamtlich in der Menschen- und Bürgerrechtsarbeit tätig war, hatte ich die Möglichkeit, die meisten der Fragen, die mich in der Universität und in der Arbeit für eine breitere Öffentlichkeit beschäftigt haben, auch inhaltlich eingehend zu diskutieren. Sie war bei vielen Texten die erste Leserin – und oft auch eine strenge Kritikerin.

I. Europäische Diktaturgeschichte im 20. Jahrhundert¹

»Diktatur ist kein schönes Wort, Demokratie klingt besser« – mit dieser ebenso flapsigen wie treffenden Formulierung wurde im Oktober 2007 in der »Süddeutschen Zeitung« das nicht zuletzt auf Druck der US-Regierung zustande gekommene Bündnis zwischen General Pervez Musharraf und Benazir Bhutto in Pakistan kommentiert. Von Benazir Bhutto, über die die »Süddeutsche« urteilte, daß Musharraf im Vergleich zu ihr »beinahe aufgeklärt und umsichtig regiert«, wurde erwartet, daß sie bei den bevorstehenden Wahlen die Massen mobilisieren und der in Schwierigkeiten geratenen Militärdiktatur nach innen und nicht zuletzt auch auf der internationalen Bühne einen Schein von Legitimität verleihen werde. In der Überschrift des Artikels hieß es dementsprechend sarkastisch: »Das soll Fortschritt sein: Ein schwacher Diktator koalitiert mit einer korrupten Ex-Regierungschefin«. ² Anders als dem benachbarten Indien ist es Pakistan in den rund sechzig Jahren seiner Existenz als unabhängiger Staat nicht gelungen, eine auch in Krisen tragfähige demokratische Kultur zu entwickeln.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts haben wir es mit Diktaturproblemen vor allem in Asien und Afrika zu tun, während man sich in Europa zumindest der Hoffnung hingeben kann, daß es sich inzwischen um ein historisches Phänomen handelt. Diktatorische Regime werden, wo es den großen Mächten nützlich erscheint, zwar noch geduldet, gelegentlich sogar unterstützt und gestärkt, aber sie genießen kein großes Ansehen mehr, gelten als mehr oder weniger unvermeidliche, aber prinzipiell unerwünschte Übergangsphänomene. Sie mögen, beispielsweise im »Kampf gegen den Terror«, als Bündnispartner durchaus willkommen sein, wie das bei Pakistan der Fall ist, aber sie gelten zumindest in der westlichen Welt als ein Politikmodell, das keine Zukunft hat. Das war im Europa des 20. Jahrhunderts offensichtlich anders, als sich in dessen erster Hälfte neben der Sowjetunion politisch rechts gerichtete, auch rechtsradikale Diktaturen in den zwanziger und dreißiger Jahren geradezu epidemisch ausbreiteten und die zweite Hälfte vor allem durch die kommunistischen Diktaturen in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa und den damit verbundenen »Kalten Krieg« zwischen den politischen und gesellschaftlichen Systemen in Ost und West bestimmt war.

Als Diktatur bezeichnet man die »Herrschaft einer Person, Gruppe, Partei oder Klasse, die die Macht im Staat monopolisiert hat und sie

unbeschränkt (oder ohne große Einschränkung) ausübt«.³ Für ein politisches System dieser Art ist eine geschriebene Verfassung nicht erforderlich, doch kann die uneingeschränkte Verfügung über die Macht auch in einem Verfassungsdokument fixiert werden. Auch gibt es Diktaturen, die auf die Zustimmung großer Teile oder sogar der Mehrheit der Bevölkerung rechnen können, wenn die Opposition ausgeschaltet ist und grundlegende materielle und immaterielle Bedürfnisse der Gesellschaft befriedigt werden. Die erfolgreiche Bekämpfung von Wirtschafts- und Ernährungskrisen gehört ebenso dazu wie die Erfüllung nationaler und sozialer Hoffnungen und Erwartungen. Diktaturen kommen nicht ohne den Einsatz von Gewalt und Terror aus, aber sie finden in vielen Fällen auch Zustimmung, und das nicht nur vorübergehend, sondern unter Umständen auch über lange Zeiträume hinweg. Dennoch wird die Diktatur aus guten Gründen aus dem Gegensatz zur Demokratie definiert.⁴ Diktaturen im modernen Verständnis gibt es erst, seit es die Demokratie als Forderung und als politische Realität gibt. Die unveräußerlichen Menschenrechte und die Bürgerrechte mußten erst formuliert und als Anspruch vertreten werden, ehe sie durch diktatorische Regime eingeschränkt oder abgeschafft werden konnten.

Zu den typischen Merkmalen einer modernen Diktatur gehören: die Beseitigung konkurrierender politischer Organisationen; die Unterdrückung und Verfolgung der Opposition; das Fehlen einer Gewaltenteilung; die Ausschaltung einer Öffentlichkeit, die die Macht kontrollieren könnte; die Aufhebung des Rechtsstaates und die Ausbildung eines Polizeistaates; die Nichtanerkennung eines gesellschaftlichen Pluralismus; die möglichst weitgehende Kontrolle der Gesellschaft durch die Bürokratie.⁵ Für die Geschichte des 20. Jahrhunderts grundlegend wurde die Unterscheidung zwischen den unterschiedlichen Formen autoritärer, in der Regel auf das Militär gestützter, diktatorischer Herrschaft einerseits und den totalitären Diktaturen sowjetischer und faschistischer bzw. nationalsozialistischer Prägung andererseits. Während die politische Programmatik in den autoritären Diktaturen fast durchweg eine nur relativ geringe Rolle spielte, war sie für die totalitären Diktaturen von entscheidender Bedeutung. Die totalitären Bewegungen und Systeme verfügten über eine eindeutige und verpflichtende Ideologie, die theoretisch mehr oder weniger anspruchsvoll sein mochte, aber in jedem Falle auf die Mobilisierung der jeweiligen Bevölkerung ausgerichtet war und die Realisierung einer gesellschaftspolitischen Utopie – staatssozialistischer oder rassistischer Art – zum Ziel hatte. Die besondere Radikalität und die prinzipielle Inhumanität der totalitären Diktaturen hatten ihre Ursachen in dem je spezifischen Zusammen-

wirken von Ideologie, utopischer Zielsetzung und Mobilisierung der Gesellschaft.⁶

Unterschieden wurde in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts außerdem zwischen »Beharrungsdiktaturen« und »Entwicklungsdiktaturen«, d. h. zwischen diktatorischen Systemen, die etabliert wurden, um unerwünschte politische und gesellschaftliche Entwicklungen zu blockieren oder um grundlegende Veränderungen zu bewirken, die auf andere Weise nicht durchsetzbar schienen. Im Falle der »Entwicklungsdiktaturen« – in einigen Fällen war auch von »Erziehungsdiktaturen« die Rede – sprach man auch von einer »funktionalen« Diktatur, die zur Verwirklichung konkreter, als dringend erwünscht geltender Veränderungen errichtet wurde, aber nicht auf Dauer existieren, sondern nach der Erledigung der gestellten Aufgaben wieder verschwinden sollte. Daß auch solche »Übergangsdiktaturen« in der Praxis nur dann abtraten, wenn sie gestürzt wurden, zeigt allerdings deutlich, daß es sich bei der Befristung der Machtausübung in aller Regel um eine bloße Fiktion handelte, die freilich von den Verteidigern dieser Diktaturen, nicht zuletzt auch unter den Historikern, immer wieder ins Feld geführt wurde und noch geführt wird.

Schließlich ist vor allem bei den Verfassungsrechtlern noch von einer »Notstandsdiktatur« die Rede, in der einer Person oder bestimmten Verfassungsorganen für Ausnahmesituationen eine diktatorische Gewalt übertragen wird, die nicht der Abschaffung, sondern dem Schutz der Verfassung dient. Damit knüpft man an die ursprüngliche Bedeutung des Begriffs »Diktator« in der römischen Republik an, als einem Senator oder Feldherrn in extremen Situationen die oberste Gewalt übertragen wurde, und zwar auf Zeit, in der Regel für sechs Monate. Problematisch wurde diese Institution erst, als zuerst Sulla und später Caesar diese Befristung ignorierten, sich zum »dictator perpetuus« erklärten und damit die Verfassung zugunsten ihrer persönlichen Machtinteressen außer Kraft setzten. Tatsächlich haben auch große, liberal-demokratisch verfaßte Nationen wie die USA, Großbritannien und Frankreich in den Weltkriegen des 20. Jahrhunderts ihren politischen Führern entsprechende Ausnahmerechte für die Zeit des Krieges übertragen,⁷ und in Deutschland erinnern sich viele noch an die erbitterten politischen Auseinandersetzungen in der alten Bundesrepublik über die verfassungsändernden »Notstandsgesetze«. Das, was wir heute unter einer Diktatur verstehen, nämlich eine Willkür- oder Gewaltherrschaft, für die keine allgemein verbindlichen Normen gelten, bezeichnete man übrigens in der Antike und auch in der älteren europäischen Geschichte bis in die Zeit der Aufklärung und der Französischen Revolution und oft auch dar-

über hinaus als »Tyrannis« oder »Despotie«. Die europäischen Sozialisten sprachen in diesem Sinne beispielsweise bis in den Ersten Weltkrieg hinein von dem russischen Zaren als einem »Despoten«, den es entschieden zu bekämpfen galt.

Richten wir nun unter der Fragestellung nach der europäischen Diktaturgeschichte unseren Blick auf die politischen Grundkonstellationen des 20. Jahrhunderts, so lassen sich etwa sieben Phasen oder Entwicklungsschübe unterscheiden, die ich in aller Kürze skizzieren und diskutieren möchte.⁸

1. Im Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert, am Vorabend des Ersten Weltkrieges, gab es in Europa eine ganze Reihe mehr oder weniger voll entwickelter demokratischer Ordnungen, nämlich Großbritannien und Frankreich, die Schweiz, die Benelux-Staaten und die skandinavischen Länder, aber kein einziges Land, das von den Zeitgenossen als eine Diktatur bezeichnet worden wäre. Europa war, mit Ausnahme der Schweiz, monarchisch verfaßt, in vielen Fällen, wozu auch das Deutsche Reich und die Habsburger Monarchie gehörten, handelt es sich zwar nicht um parlamentarisch-demokratische Ordnungen, wohl aber um »konstitutionelle Monarchien«, d. h. Staaten, in denen es eine Verfassung gab, politische Verfahren geregelt waren, die Idee des Rechtsstaates anerkannt war und eine moderne Verwaltung bestand. Durch den Ersten Weltkrieg wurde diese Welt in ihren Grundfesten erschüttert. Am Ende dieses Krieges waren die großen Vielvölkerstaaten – das Zarenreich, die Habsburger Monarchie und auch das Osmanische Reich – von der europäischen Landkarte verschwunden, und aus ihrer Hinterlassenschaft entstanden, vor allem in Ostmitteleuropa, zahlreiche neue Staaten, die ihre politisch-soziale Verfassung erst finden mußten.

2. Die westlichen Alliierten – Frankreich, Großbritannien und dann vor allem die USA – hatten den Krieg gegen das Deutsche Reich propagandistisch zu einem »Kreuzzug« gegen den preußischen Militarismus, für »Freiheit« und »Demokratie« erklärt, und der am Ende des Krieges gegründete »Völkerbund« übernahm diese Programmatik. Das Europa des 20. Jahrhunderts sollte ein Europa der Nationalstaaten sein, und es galt als selbstverständlich, daß diese Staaten demokratisch verfaßt sein würden. Auf dieser Basis fielen auf der Pariser Friedenskonferenz 1919/20 die Entscheidungen über die neuen Grenzziehungen. Der Erste Weltkrieg bedeutete damit in seinen Auswirkungen einen ebenso überraschenden wie dramatischen Demokratisierungsschub. Die parlamentarische Regierungsform wurde sozusagen über Nacht zur europäischen Norm, und an die Stelle des monarchischen Europas der Vorkriegszeit trat eine neue Gemengelage von Republiken und Monarchien, weil sich die neuen

Staaten mit wenigen Ausnahmen für eine republikanische Grundstruktur entschieden und die Monarchien der im Krieg unterlegenen Staaten in Deutschland wie in Österreich die Niederlage nicht überlebten (Ungarn war in der Folgezeit eine Monarchie ohne Monarch, an der Spitze des Staates stand seit 1920 ein »Reichsverweser«). Daß in Rußland der demokratischen Revolution vom Februar 1917 die Machtergreifung der Bolschewisten und ein langanhaltender, blutiger Bürgerkrieg gefolgt waren, wurde im übrigen Europa nicht nur von den Konservativen, sondern auch von den Liberalen und den bürgerlichen Demokraten von Anfang an als eine fundamentale Bedrohung wahrgenommen. Große Teile der europäischen Arbeiterbewegung waren dagegen noch viele Jahre lang von der Hoffnung erfüllt, daß aus Bürgerkrieg und Terror schließlich doch eine sozialistische Demokratie entstehen, die bürgerlich-liberale Emanzipation des 19. Jahrhunderts durch die proletarisch-sozialistische Emanzipation des 20. Jahrhunderts vollendet werde.

3. Allerdings waren die neuen demokratischen Verfassungen nur in den seltensten Fällen gesellschaftlich fest verankert. Fast durchweg fehlte es an demokratischen Traditionen, an politischen Organisationen und Institutionen, an die angeknüpft werden konnte, und nicht zuletzt auch an den sozialen Voraussetzungen für eine funktionierende Demokratie. Finnland und die Tschechoslowakei waren rühmliche Ausnahmen.⁹ In allen anderen Fällen – von den baltischen Staaten über Polen und Ungarn bis zu dem neugeschaffenen Königreich Jugoslawien, zu Albanien, Bulgarien, Rumänien und Griechenland – kam es ebenso wie in Portugal und Spanien, Italien und Deutschland während der zwanziger und dreißiger Jahre zu schweren politischen Krisen, Unruhen und Systemwechseln, an deren Ende die Etablierung autoritärer Regime oder offener Diktaturen stand. Als im Vorfeld der Olympischen Spiele von 1936, die noch während der Weimarer Republik nach Berlin vergeben worden waren, darüber gestritten wurde, ob die Spiele in der Hauptstadt des nationalsozialistischen Deutschland stattfinden dürften oder boykottiert werden müßten, richtete sich die internationale Kritik vor allem gegen den nationalsozialistischen Rassismus und die Diskriminierung der Juden – hätte man sich gegen das »Dritte Reich« als Diktatur gewandt und eindeutig demokratische Verhältnisse zur Teilnahmevoraussetzung für die einzelnen Nationen erklärt, hätte der olympische Wettstreit zu diesem Zeitpunkt nur noch in einem sehr eingeschränkten Kreis von Ländern stattfinden können (wobei die Sowjetunion zu diesem Zeitpunkt ohnehin nicht an einer Teilnahme interessiert war).

In der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre war die Existenz diktatorisch-autoritärer Regime in Europa zwar noch nicht der Normalfall, aber doch

alles andere als eine Ausnahme. Dabei gab es unter diesen Regimen, auch wenn man die Sonderentwicklungen der kommunistischen Diktatur und der faschistisch-nationalsozialistischen Diktaturen zunächst noch außer acht läßt, eine große Variationsbreite. In nicht wenigen Ländern handelte es sich um eine Art Verlegenheitslösung, die nicht prinzipiell-programmatisch angelegt war, sondern aus den Krisen und dem Scheitern des noch nicht belastungsfähigen Demokratiemodells resultierte. Im Selbstverständnis der Beteiligten waren das Diktaturen auf Zeit, Formen des Krisenmanagements im jeweiligen nationalen Interesse, an deren Ende autoritäre Verfassungsstrukturen ebenso denkbar waren wie neue Demokratieversuche. In einigen Ländern gab es das, was etwas beschönigend, aber doch nicht völlig unzutreffend als »Entwicklungsdiktatur« oder »Erziehungsdiktatur« bezeichnet worden ist. Piłsudski in Polen, Salazar in Portugal und in besonders entschiedener und nachhaltiger Weise Kemal Atatürk in der Türkei nutzten ihre persönliche Autorität und ihre Machtfülle, um die »Modernisierung« ihrer Länder in einem unter anderen politischen Voraussetzungen nur schwer vorstellbaren Tempo voranzutreiben, verkrustete soziale Strukturen aufzubrechen, die wirtschaftliche Entwicklung zu forcieren, Bildung und Erziehung zu fördern, auch Mentalitäten zu ändern. In diesen wie in einigen anderen Fällen, z. B. im Österreich der dreißiger Jahre unter Dollfuß und Schuschnigg, waren die Übergänge zwischen autoritärer Staatsführung und diktatorischer Gewalt fließend. Die Inhaber der Macht bewegten sich als Staats- oder Ministerpräsidenten in dem von ihnen geschaffenen Verfassungsrahmen, unterdrückten die Opposition, schufen ein Einparteiensystem, respektierten aber – mit Einschränkungen – die bestehenden Gesetze.

Entscheidend für die Ausübung diktatorischer Gewalt war in allen Fällen, in denen es sich nicht um totalitäre Systeme handelte, das Militär, und häufig waren hochrangige Militärs auch die unbestrittenen politischen Führer – Admiral Horthy in Ungarn (1920-1944), Kemal Atatürk (1923-1938) und Ismet İnönü (1938-1950) in der Türkei, die Generäle Primo de Rivera (1923-1930) und Franco (1936/39-1975) in Spanien, Piłsudski in Polen (1926-1935), General Metaxas (1936-1941) in Griechenland und Marschall Antonescu in Rumänien (1940-1945). Auch die sogenannten »Königsdiktaturen« in Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien waren weitgehend vom Militär abhängig, und selbst ein Mann wie Salazar, Professor für Nationalökonomie, der als »Fachmann« 1928 zum Finanzminister, 1932 zum Ministerpräsidenten berufen wurde und fast vier Jahrzehnte lang regierte, stützte sich auf eine diktatorische Gewalt, die zuvor vom portugiesischen Militär geschaffen worden war.

4. Während das Ausmaß an Gewalt und die Verletzung von Menschen- und Bürgerrechten in den bisher behandelten Regimen sehr unterschiedlich waren – man vergleiche nur die Diktatur Francos mit der Herrschaft Piłsudskis oder Kemal Atatürks –, war der Terror von Anfang an ein konstitutives Element sowohl der kommunistischen, als auch der faschistischen und der nationalsozialistischen Diktatur. Parallel zu den im Rückblick überwiegend eher altmodisch und vergleichsweise harmlos erscheinenden Diktaturen und autoritär regierten Staaten entwickelte sich seit dem Ersten Weltkrieg und in dessen Gefolge ein davon deutlich zu unterscheidender Diktaturtypus, die totalitäre Diktatur.¹⁰ Neu war daran zunächst einmal, daß es mit den Entwicklungen in Rußland auch eine Diktatur von links, eine sozialistische bzw. kommunistische Diktatur gab, die bolschewistisch geprägte »Diktatur des Proletariats«, und daß diese Diktatur das erklärte Ziel hatte, im Rahmen einer »Weltrevolution« entsprechende Diktaturen auch in den übrigen europäischen Ländern und darüber hinaus zu schaffen. Ein vergleichbares Programm fehlte in Italien und Deutschland, obgleich sowohl der italienische Faschismus als auch der deutsche Nationalsozialismus weitausgreifende imperialistische Ziele hatten.¹¹ Die besondere Aggressivität und Radikalität der totalitären Diktaturen resultierte, wie bereits erwähnt, aus einer partei- und staatsfiziellen Ideologie, aus dem Glauben an eine »historische Aufgabe« und den daraus abgeleiteten utopischen Zukunftsentwürfen sowie aus der Fähigkeit, Massen in Bewegung zu setzen und zu fanatisieren.

Da die totalitären Elemente im faschistischen Italien nicht in vollem Umfang entwickelt wurden, will ich mich bei den folgenden Ausführungen auf Deutschland während des »Dritten Reiches« und die Sowjetunion unter Stalin konzentrieren.¹² In beiden Fällen waren die militärischen Führer, anders als bei den Diktaturen nicht-totalitären Zuschnitts, keine politischen Faktoren mit eigenem Gewicht, sondern Spezialisten im Dienst des jeweiligen Systems. Um so wichtiger wurde die politische Polizei, die nicht nur die tatsächlichen oder vermeintlichen Gegner verfolgte, sondern in beiden Systemen in einer bis dahin unbekanntem Weise kontrollierend und präventiv tätig war und selber allenfalls einer politischen, nicht aber einer gerichtlichen Kontrolle unterlag. Die totalitären Diktaturen waren deshalb in einem extremen Maße Polizeistaaten. Charakteristisch für beide Diktaturen waren außerdem die Lager – das Gulag-System einerseits und das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager, aber auch der Zwangsarbeiter- und Kriegsgefangenenlager andererseits. Dienten die Lager zunächst vor allem der Internierung politischer Gegner, wurden ihnen im Laufe der Zeit immer neue Funktionen, nicht zuletzt wirtschaftlicher Art, über-

tragen, so daß die Zahl der Lager ebenso wie die Zahl der Lagerinsassen ständig anwuchs.

Politische Verbrechen gab es natürlich auch in anderen Diktaturen, in den totalitären Herrschaftssystemen erreichten sie jedoch eine bis dahin unvorstellbare Dimension. In der Sowjetunion reichte das von den immer wieder einsetzenden, ebenso bösartigen wie massenhaften politischen »Säuberungen« innerhalb der eigenen Partei (bis in die höchsten Ränge hinein) über die sozialen Massenmorde durch die Kollektivierung der Landwirtschaft und die überstürzte Industrialisierung, willkürlich herbeigeführte Hungersnöte und Epidemien und die Verschleppung ganzer Völkergruppen innerhalb der Sowjetunion bis zum zynisch-rücksichtslosen Umgang mit den Soldaten der Roten Armee und der Zivilbevölkerung während des Krieges. Im Nationalsozialismus begann es mit den politischen und rassistischen Verfolgungen, der Zwangssterilisation von Hunderttausenden und dem Mord an psychisch Kranken und Behinderten, und es führte über den teils fahrlässig, teils mutwillig verursachten Tod von mehreren Millionen sowjetischer Kriegsgefangener zum Völkermord an den europäischen Juden, an den Roma und Sinti und – der Absicht nach, die wegen des Kriegsverlaufs nicht in vollem Umfang verwirklicht werden konnte –, auch an vielen Millionen Sowjetbürgern (in den Planungsdokumenten war die Rede von 30 Millionen oder auch von »-zig Millionen«), die ohne Zögern und ohne Skrupel für »überflüssig« erklärt worden waren. Was das Terrorsystem der beiden Regime unterschied, war die Tatsache, daß sich die Verbrechen des Stalinismus ganz überwiegend gegen die eigene Bevölkerung richteten, während es sich bei den Opfern der nationalsozialistischen Verbrechen ebenso überwiegend um die Angehörigen anderer Länder handelte.

Die totalitären Diktaturen sind ein extremes, aber durchaus zeittypisches Phänomen der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts (das von hier aus seinen Weg auch nach Asien gefunden hat). Diese Diktaturen wären im 19. Jahrhundert nicht möglich gewesen und werden es, so darf man zumindest hoffen, auch im 21. Jahrhundert nicht sein. Zu ihren besonderen Voraussetzungen gehörten die entschiedene Abkehr von der bürgerlichen Welt des 19. Jahrhunderts und der verbreitete Glauben an das 20. Jahrhundert als ein Jahrhundert des politischen und gesellschaftlichen Neuanfangs, den man nur wollen, planen und organisieren mußte. So gab es in der sozialistischen Theorie keinen Zweifel daran, daß die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft des 19. Jahrhunderts überwunden werden müsse und daß das sozialistische Experiment im Einklang nicht nur mit der großen Mehrheit der Menschen, sondern auch und in besonderer Weise mit den Fortschritten der Wissenschaft